

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juli 2013

Inhalt

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen	2
Start der Europäischen Ausbildungsallianz	2
Konferenz zur Förderung der Jugendbeschäftigung in Europa	2
Litauen übernimmt Ratspräsidentschaft.....	2
EP-Fachausschüsse für Frauenquote.....	2
Entschließung des EP zu den Auswirkungen der Krise auf den Zugang schutzbedürftiger Gruppen zu Fürsorgeleistungen	3
Neuer Zwischenbericht der Europäischen Kommission zeigt wachsende soziale Unterschiede in EU	3
Ausschuss Beschäftigung und soziale Angelegenheiten im Europäischen Parlament: Gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung	3
Zusatzrentenansprüche bei grenzüberschreitender Mobilität von Arbeitnehmern	4
Neue Initiative für europäische Hochschulbildung: Erasmus+	4
Lebensmittelverschwendung künftig verhindern.....	4
EU-Kommission: Besserer Verbraucherschutz bei Pauschalreisen.....	4
Strengere Regulierung von Tabakprodukten.....	4
EuGH urteilt über deutsches Auslands-BAföG	5
Europäisches Jahr 2014	5
Weitere Nachrichten	5
Jahresplan vom Ausschuss der Regionen	5
Strengere Werte für Gift im Spielzeug in Kraft	5
Misstrauen in Umweltlabel	6
Emily O'Reilly aus Irland wird neue EU-Bürgerbeauftragte	6
Projekt von Eurochild und Inclusion Europe für Kinder mit geistiger Behinderung	6
Veranstaltung der Europäischen Frauen-Lobby (EWL) zu Geschlechtergleichheit in den EU-Gremien	6
Gleichgeschlechtliche Ehen in Großbritannien	6
Reform des Abtreibungsrechts in Irland	6
Berichte und Studien	7
Weiter hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa.....	7
Studie sieht Zusammenhang von Jugendarbeitslosigkeit und Kinderlosigkeit in Europa.....	7
Erste Ausgabe der „European Social Statistics“ von Eurostat	7
Bericht über Richtlinien der Mitgliedstaaten für Kinder mit Behinderungen	7
Bericht zur Veranstaltung: Familie und Elternschaft – Unterstützung in schwierigen Zeiten.....	8
Studie zu familienfreundlichen Arbeitsbedingungen in Europa	8
Studie des EP-Ausschuss für Bildung und Kultur: Quality in Early Childhood Education and Care	8
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

Start der Europäischen Ausbildungsallianz

Die Jugendarbeitslosigkeit bleibt weiterhin zentrales Thema der EU. Am 02. Juli gründete die EU-Kommission die Europäische Ausbildungsallianz im Rahmen des internationalen Berufsbildungswettbewerbs "WorldSkills 2013" in Leipzig. In der Allianz sollen sich zentrale Akteure aus Arbeitswelt und Bildungswesen zusammenfinden, um von den erfolgreichsten Ausbildungssystemen der EU, z.B. der dualen Berufsbildung in Deutschland, zu lernen. Ziel ist die Verbesserung der Qualität der Berufsausbildung sowie des Angebots an Ausbildungsplätzen für Jugendliche. Potentielle Partner, wie z.B. Behörden, Unternehmen, Gewerkschaften, Arbeitgebervertretungen sind aufgerufen, sich an nationalen Reformen der Jugendausbildung zu beteiligen.

- [Europäische Ausbildungsallianz auf der Website der Europäischen Kommission \(englisch\)](#)
- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Ausbildungsallianz](#)
- [Rede von Androulla Vassiliou, Kommissarin für Bildung und Jugend, in Leipzig \(englisch\)](#)

Konferenz zur Förderung der Jugendbeschäftigung in Europa

Auf Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen diskutierten Vertreter/innen der EU-Staaten am 03. Juli in Berlin über die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sowie über wirksame Konzepte für Berufseinstieg und Ausbildung. An der Konferenz nahmen auch Kommissionspräsident José Manuel Barroso, EU-Ratspräsident Hermann van Rompuy und EU-Kommissar László Andor (Beschäftigung und Soziales) teil, gemeinsam mit 20 EU-Staats- und Regierungschefs sowie Vertreter/innen der Arbeitsministerien und der nationalen Arbeitsagenturen.

- [Rede von Kommissionspräsident Barroso \(englisch\)](#)

Litauen übernimmt Ratspräsidentschaft

Zum 01. Juli hat Litauen als erster baltischer Staat die Ratspräsidentschaft der EU übernommen. Litauen will sich für ein glaubwürdiges, wachsendes und offenes Europa einsetzen, mit besonderem Augenmerk auf die Situation der Jugendlichen. Außerdem soll das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell zuverlässiger und das Wohlergehen aller EU-Bürger/innen gefördert werden. Zu den litauischen Prioritäten gehören zudem die Stärkung des nachhaltigen Wachstums und der sozialen Dimension des europäischen Binnenmarktes, die Begrenzung der sozialen Exklusion, die Förderung der Grundrechte und der Gleichstellung der Geschlechter sowie die Erleichterung von Einreise und Beschäftigung von Saison-Arbeiter/innen und Drittstaatsangehörigen.

- [Website der litauischen Ratspräsidentschaft](#)
- [Programm und Prioritäten der Präsidentschaft Litauens](#)

EP-Fachausschüsse für Frauenquote

Mit großer Mehrheit hat sich der Beschäftigungsausschuss des Europäischen Parlaments am 09. Juli 2013 für eine Frauenquote von 40 Prozent für die Aufsichtsräte aller börsennotierten Unternehmen ausgesprochen. Auch der gleichzeitig vorgestellte Entwurf der federführenden Ausschüsse Recht und Frauen unterstützt die Forderung. Alle drei Ausschüsse plädieren zusätzlich für weitergehende Regeln. So sollen auch kleine und

mittlere Unternehmen einbezogen und die Ausnahmen für Unternehmen mit weniger als 10 Prozent Frauenanteil in der Belegschaft gestrichen werden. Ein endgültiges Votum wird im Oktober erwartet.

- [Pressemitteilung von Viviane Reding zur Annahme der Frauenquote im Ausschuss \(englisch\)](#)
- [Entwurf des federführenden Ausschusses im EU-Parlament](#) 

Entschließung des EP zu den Auswirkungen der Krise auf den Zugang schutzbedürftiger Gruppen zu Fürsorgeleistungen

In seiner Entschließung vom 04.Juni.2013 fordert das Europäische Parlament die Kommission und die Mitgliedstaaten u.a. zu Investitionen in Sozialdienstleistungen auf, da diese in Zeiten des demografischen Wandels und der Krise von entscheidender Bedeutung seien. Nach seiner Auffassung wurden viele kurzfristige Sparmaßnahmen bislang nicht umfassend hinsichtlich ihrer sozialen und wirtschaftlichen Folgen untersucht und könnten insbesondere für schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen zu unverhältnismäßigen Nachteilen führen.

- [Entschließung des Europäischen Parlaments](#)

Neuer Zwischenbericht der Europäischen Kommission zeigt wachsende soziale Unterschiede in EU

Am 27. Juni 2013 ist der 8. Zwischenbericht über den Stand des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in Europa erschienen. Dieser befasst sich insbesondere unter regionalen und urbanen Gesichtspunkten mit den Konsequenzen der Wirtschaftskrise. Auch wenn einige Mitgliedstaaten, wie z.B. Deutschland und Polen, im EU-Vergleich gut durch die Krise gekommen sind, vermutet die Kommission, dass es nun insgesamt schwieriger werde, die Europa 2020-Ziele zu erreichen. Denn die Beschäftigungsquoten sanken und Armut und soziale Ausgrenzung nahmen zu.

Zusätzlich veröffentlichte die Kommission am 19. Juli ein Hintergrundpapier, in dem bestätigt wird, dass die Kohäsionspolitik durch Haushaltsstabilität, Strukturreformen und wachstumsfördernde Maßnahmen wesentlich zu Beschäftigung und Wachstum beitrage.

- [8. Zwischenbericht der Europäischen Kommission](#) 
- [Hintergrundpapier der Europäischen Kommission zur Rolle der Kohäsionspolitik](#)


Ausschuss Beschäftigung und soziale Angelegenheiten im Europäischen Parlament: Gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung

Am 09. Juli stellten Expert/innen im Fachausschuss Beschäftigung und soziale Angelegenheiten in einer öffentlichen Anhörung zur „Sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion“ Ideen für ein gemeinsames europäisches System der Arbeitslosenunterstützung vor. Basis dessen soll eine europäische Arbeitslosenversicherung als länderübergreifendes Transfersystem sein. Die Höhe der Absicherung bei Arbeitslosigkeit sollte 50 Prozent des letzten Einkommens abdecken und könnte durch nationale Mittel aufgestockt werden. Wann jeweils Arbeitslosigkeit vorliegt, solle von den nationalen Behörden definiert werden. Ein solches europaweites System würde jährlich ca. 50 Mrd. Euro kosten. Die EU-Parlamentarier/innen äußerten sich positiv zu dem Vorschlag.

- [Unterlagen der Anhörung im Beschäftigungsausschuss des EP \(englisch\)](#)

Zusatzrentenansprüche bei grenzüberschreitender Mobilität von Arbeitnehmern

Die EU-Minister für Sozialpolitik, Beschäftigung und Gesundheit haben dem Vorschlag der Europäischen Kommission zur besseren Übertragbarkeit ergänzender Rentenansprüche zugestimmt. Ziel des Vorschlags ist es, die Freizügigkeit zwischen den Mitgliedstaaten und die innerstaatliche berufliche Mobilität zu fördern. Dafür sollen die Bedingungen für den Erwerb von Zusatzrentenansprüchen vereinheitlicht und die Regelungen zur Wahrung ruhender Ansprüche und zur Übertragung von Ansprüchen angeglichen werden. Weiterhin sollen Arbeitnehmer/innen besser über Zusatzrentenansprüche bei Mobilität aufgeklärt werden.

- [Vorschlag für eine Richtlinie über Mindestvorschriften zur Erhöhung der Mobilität von Arbeitnehmern durch Verbesserung der Begründung und Wahrung von Zusatzrentenansprüchen](#) 
- [Pressemitteilung der Kommission zur Übertragbarkeit von Zusatzrenten \(englisch\)](#)

Neue Initiative für europäische Hochschulbildung: Erasmus+

Am 11. Juli startete die EU-Kommission eine neue Initiative für die „Europäische Hochschulbildung in der Welt“. Mit Hilfe des neuen EU-Programms Erasmus+ will die Kommission den internationalen Austausch von Studierenden weiter fördern und die Zusammenarbeit von europäischen Universitäten weltweit stärken. Dafür sollen jährlich über 400 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

- [Pressemitteilung der Kommission zur Europäischen Hochschulbildung in der Welt](#)
- [Europäisches Parlament zur Einigung auf Erasmus+ \(englisch\)](#)
- [Zahlen zu Erasmus 2011/2012](#)

Lebensmittelverschwendung künftig verhindern

Die EU-Kommission hat am 09. Juli eine Konsultation zum Thema „Nachhaltigkeit des Nahrungsmittelsystems“ gestartet. Bis zum 01. Oktober 2013 können Anregungen für die zukünftige, nachhaltige Gestaltung des europäischen Lebensmittelsystems gegeben werden. Noch für 2013 ist eine nachfolgende Kommissionsmitteilung geplant, die sich mit der Lebensmittelverschwendung und der besseren Ressourceneffizienz bei Lebensmittelherstellung und –verbrauch befassen wird. Gegenwärtig landen in Europa jedes Jahr etwa 89 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll.

- [Zur Konsultation „Nachhaltigkeit des Nahrungsmittelsystems“ \(englisch\)](#)

EU-Kommission: Besserer Verbraucherschutz bei Pauschalreisen

Die EU-Kommission möchte die EU-Pauschalreiserichtlinie überarbeiten und dabei rechtliche Grauzonen beseitigen. Damit sollen die Regeln an das Internetzeitalter angepasst werden, in dem Urlauber ihre Reise zunehmend im Internet selbst zusammen.

Strengere Regulierung von Tabakprodukten

Die EU-Gesundheitsminister/innen haben im EPSCO-Rat (Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) eine Einigung über eine verschärfte Tabakprodukte-Richtlinie erreicht. Ziel der strengeren Vorschriften ist es, insbesondere junge Leute vom Rauchen abzuhalten. Dafür soll vor allem der Zugang zu Tabakprodukten erschwert werden.

- [Pressemitteilung des EPSCO-Rates zur neuen Tabakprodukt-Richtlinie \(englisch\)](#) 

EuGH urteilt über deutsches Auslands-BAföG

Deutsche, die im Ausland studieren, haben Anspruch auf volles Auslands-BAföG, auch wenn sie unmittelbar vor Aufnahme des Studiums weniger als drei Jahre in Deutschland gewohnt haben. Das hat der Europäische Gerichtshof am 18. Juli entschieden. Der EuGH kritisierte die bisherige Aufenthaltspflicht von mindestens 3 Jahren direkt vor Studienbeginn als zu einseitig und als eine ungerechtfertigte Einschränkung der Freizügigkeit. Eine ausreichende Integration in die Gesellschaft könne auch durch Staatsangehörigkeit, Sprachkenntnisse sowie familiäre, soziale und wirtschaftliche Bindungen nachgewiesen werden.

- [Urteil des Europäischen Gerichtshofs](#)

Europäisches Jahr 2014

Die Diskussionen der Europäischen Kommission im Juli zur Ernennung des Europäischen Jahres 2014 blieben bisher ohne endgültiges Ergebnis. Ergänzend zum bisherigen Vorschlag, 2014 zum Europäischen Jahr zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu machen, wurde von der Kommission ein Europäisches Jahr der Jugend ins Gespräch gebracht. Das Europäische Parlament, die Trio-Ratspräsidentschaft sowie die NGO-Allianz 2014 haben sich bereits für ein Europäisches Jahr 2014 zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgesprochen (siehe Europa News [2/2013](#)).

Weitere Nachrichten

Jahresplan vom Ausschuss der Regionen

Der Ausschuss der Regionen hat seine Forderungen für das Legislativ- und Arbeitsprogramm 2014 der Europäischen Kommission vorgelegt. In ihm hebt er als zentrale Herausforderungen für 2014 die Belebung des nachhaltigen Wachstums und die Stärkung der Unionsbürgerschaft hervor. Neben diversen weiteren Vorschlägen zu anderen Bereichen unterstützt der Ausschuss der Regionen die Bemühungen um eine Jugendgarantie, hebt jedoch seine Bedenken gegenüber der unzureichenden Finanzierung hervor. Er fordert die Europäische Kommission auf, einen "Pakt für soziale Investitionen" und die Ausarbeitung eines neuen Politikansatzes vorzuschlagen. Letzterer soll auf das Unternehmertum und Strategien für intelligente Spezialisierung sowie Maßnahmen zur Weckung des Unternehmergeists auf allen Bildungsebenen, bereits ab der Grundschule, ausgerichtet sein.

- [Entschließung des Ausschuss der Regionen zum Jahresplan \(englisch\)](#) 

Strengere Werte für Gift im Spielzeug in Kraft

Mit dem 20. Juli treten EU-weit strengere Regeln für giftige Substanzen in Kinderspielzeug in Kraft. So sind nun 55 krebserregende, Erbgüter verändernde und giftige Substanzen verboten. Zugleich müssen 11 vermutlich Allergie auslösende Substanzen gekennzeichnet werden. Die neuen Grenzwerte sind für alle Mitgliedstaaten bindend.

In Deutschland gelten bereits zum Teil niedrigere Werte als in der EU-Richtlinie vorgeschrieben. Es hat daher beim Europäischen Gerichtshof einen Antrag gestellt, diese Grenzwerte beibehalten zu können.

- [EU-Richtlinie zur Sicherheit von Spielzeug](#) 

Misstrauen in Umweltlabel

Laut einer Eurobarometer-Umfrage vom 05. Juli fühlen sich viele Europäer/innen schlecht informiert über die Umweltfreundlichkeit von Produkten und misstrauen den Angaben der Hersteller. Die Deutschen sind dabei besonders skeptisch. In Deutschland werden überdurchschnittlich oft umweltfreundliche Produkte gekauft.

- [Langfassung der Eurobarometer-Umfrage zu Umweltlabeln \(englisch\)](#) 
- [Zusammenfassung der Eurobarometer-Umfrage zu Umweltlabeln \(englisch\)](#) 

Emily O'Reilly aus Irland wird neue EU-Bürgerbeauftragte

Am 04. Juli wählte das Europäische Parlament erstmals eine Frau als neue Bürgerbeauftragte. Emily O'Reilly ist ab 01. Oktober Ansprechpartnerin bei Problemen mit den EU-Institutionen.

Projekt von Eurochild und Inclusion Europe für Kinder mit geistiger Behinderung

Das Projekt „Hört unsere Stimmen“ soll sicherstellen, dass Kinder mit geistiger Behinderung an Schulen und Freizeitaktivitäten genauso teilnehmen können wie andere Kinder. Es zielt auf die Stärkung und Erhöhung der direkten Beteiligung von Kindern mit geistiger Behinderung, eines der Leitprinzipien der Konvention über die Rechte des Kindes.

- [Nähere Informationen zum Projekt "Hört unsere Stimmen" \(englisch\)](#)
- [Teilnahme am Projekt „Hört unsere Stimmen“ \(englisch\)](#)

Veranstaltung der Europäischen Frauen-Lobby (EWL) zu Geschlechtergleichheit in den EU-Gremien

Bei der Diskussionsrunde "Mehr als ein Lippenbekenntnis – die Praxis von Geschlechterausgewogenheit und Vielfalt in den EU-Einrichtungen" am 10. Juli im Europäischen Parlament stand die Suche nach geeigneten Maßnahmen für konkrete Schritte hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in den Entscheidungsgremien der EU im Mittelpunkt. Als Beispiele für Maßnahmen gingen gleichzeitig die Kampagne „50/50 No Modern European Democracy without Gender Equality!“ und das EWL-Netzwerk für politisches Mentoring an den Start.

- [Informationen zur Veranstaltung auf der Website von EWL \(englisch\)](#)

Gleichgeschlechtliche Ehen in Großbritannien

In Großbritannien sind seit dem 18. Juli gleichgeschlechtliche Eheschließungen möglich. Die Regelung gilt vorerst nur für England und Wales, in Schottland ist ein separater Gesetzgebungsprozess notwendig. Bereits seit 2005 gibt es in Großbritannien die Möglichkeit einer eingetragenen Lebenspartnerschaft, die der Zivilehe zwischen Mann und Frau fast gleichgestellt ist.

Reform des Abtreibungsrechts in Irland

Nach einer langen Debatte zur Legalisierung von Abtreibung hat das irische Parlament mit breiter Mehrheit am 12. Juli ein neues Abtreibungsgesetz beschlossen. Damit werden in Irland erstmals Abtreibungen erlaubt, allerdings nur, wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist, z.B. bei Selbstmordabsicht.

Berichte und Studien

Weiter hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Laut Eurostat, dem statistischen Amt der EU, waren in den Mitgliedstaaten der EU im Mai 2013 insgesamt 5,5 Millionen junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos, darunter 3,5 Millionen im Euro-Währungsraum. Die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit gab es in Deutschland mit 7,6 Prozent, ähnliche Quoten erreichten nur Österreich und die Niederlande (8,7 Prozent bzw. 10,6 Prozent). Am höchsten ist die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland (59,2 Prozent), Spanien (56,5 Prozent) und Portugal (42,1 Prozent). Ähnliche Ergebnisse lieferte Eurostat auch in Bezug auf die Arbeitslosenquote insgesamt, die im Vergleich zum Vorjahr europaweit deutlich gestiegen ist.

- [Eurostat-Pressemitteilung mit genauen Daten und weiteren Informationen zur Jugendarbeitslosigkeit](#)

Studie sieht Zusammenhang von Jugendarbeitslosigkeit und Kinderlosigkeit in Europa

Eine Studie des Max-Planck-Instituts für Demographie und der Universität Lüneburg kommt zu dem Schluss, dass die hohe Arbeitslosigkeit vor allem bei jungen Europäern unter 25 Jahren zu einem Aufschub der Familienplanung führt. Nach Aussagen der Forscher/innen besteht ein direkter Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Arbeitslosenquote und dem Rückgang der Geburtenrate.

- [Pressemitteilung des Max-Planck-Instituts für Demographie mit weiteren Informationen und Daten](#)
- [Artikel zur Studie, erschienen in „Demographic Research“ \(englisch\)](#) 

Erste Ausgabe der „European Social Statistics“ von Eurostat

Eurostat hat die erste Ausgabe der „European Social Statistics“ veröffentlicht, die die bestehenden Sozialstatistiken zusammenfasst. Sie umfasst sieben Kapitel: Bevölkerung, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Bildung und Weiterbildung, Arbeitsmarkt, Einkommen und Lebensbedingungen, Sozialschutz sowie Kriminalität und Strafverfolgung. Die erste Gesamt-Sozialstatistik für die EU hebt einen engen Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Armut hervor.

- [Ausgabe „European Social Statistics“ von Eurostat \(englisch\)](#) 


Bericht über Richtlinien der Mitgliedstaaten für Kinder mit Behinderungen

Die Europäische Kommission hat einen Bericht veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass Kinder mit besonderen Bedürfnissen und behinderte Erwachsene weiterhin benachteiligt sind, obwohl sich die Mitgliedstaaten zur Förderung inklusiver Bildung verpflichtet haben. Dem Bericht zufolge werden viele Betroffene in separaten Sonderschulen unterrichtet. Auch diejenigen, die Regelschulen besuchten, erhielten oftmals nur eine unzureichende Förderung. Die Mitgliedstaaten werden dementsprechend aufgefordert, sich stärker für inklusive Bildung einzusetzen und Barrieren abzubauen.

- [Bericht über Richtlinien der Mitgliedstaaten für Kinder mit Behinderungen \(englisch\)](#) 

Bericht zur Veranstaltung: Familie und Elternschaft – Unterstützung in schwierigen Zeiten

Der Bericht von Eurochild und dem UNESCO Kind und Familie Research Center sieht in der Empfehlung der EU-Kommission „Investing in children – breaking the cycle of disadvantage“ gute Ansätze für entsprechende sozialpolitische Reformen und stärkere Investitionen der Mitgliedstaaten in die Familienförderung. Thematisiert wurden zudem die Möglichkeiten eines zunehmend auf empirischen Erkenntnissen basierenden best-practise Austauschs im Bereich der Familien- und Erziehungsunterstützung.

- [Bericht, Vorträge der Referenten und Hintergrundinformationen der Veranstaltung auf der Eurochild-Website](#)
- [Empfehlung der Europäischen Kommission „Investing in children“](#) 

Studie zu familienfreundlichen Arbeitsbedingungen in Europa

Die Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln im Auftrag des deutschen Bundesfamilienministeriums und der Robert-Bosch-Stiftung über familienfreundliche Arbeitsbedingungs politik in Unternehmen in sechs europäischen Ländern (Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Schweden, Großbritannien) ergab, dass bisher kein nationales Modell allein als Vorbild für die Work-Life-Balance der Beschäftigten in Europa dienen könne. Dennoch würden EU-Arbeitgeber familienfreundliche Arbeitsbedingungen sehr ernst nehmen und diese durch zahlreiche Maßnahmen unterstützen, z.B. mittels flexibler Arbeitszeiten.

- [Studie zu familienfreundlichen Arbeitsbedingungen](#) 

Studie des EP-Ausschuss für Bildung und Kultur: Quality in Early Childhood Education and Care

Diese Studie untersucht die politischen Entwicklungen in Europa in Bezug auf frühkindliche Bildung und Erziehung (FBBE). Sie zeigt konstitutive Säulen für die Qualität der Kindertagesbetreuung und stellt Vorschläge und Empfehlungen für die Entwicklung der Qualität von Kindertagesbetreuung in der gesamten EU dar.

- [Studie: Qualität der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

- Finnish Institute of Occupational Health (FIOH): [Work, Wellbeing and Wealth: Active ageing at work](#) (26.-28. August 2013, Helsinki)
- 9th World Demographic & Ageing Forum (26.-28. August 2013, St. Gallen)
- European Public Health Alliance, Jahreskonferenz [„Brave New World: Inclusive Growth and Well-Being or Vested Interests and Lost Generations?“](#) (4.-5. September 2013, Brüssel)
- Zweite Internationale [WHO-Konferenz altersfreundlicher Städte](#) (9.-11. September 2013, Québec)
- International Society for the Prevention of Child Abuse and Neglect: [13. Europäische Regionalkonferenz zu Kindesmissbrauch und Vernachlässigung](#) (15.-18. September 2013, Dublin)
- Eurocities: Cities for Active Inclusion Final Conference [„Caring for the Younger Generation: Delivering Outcomes, Supporting Lives“](#) (25. September 2013, Brüssel)
- E.D.E. Congress: [„The use of new technologies in long-term care](#) (26.-28. September, Tallinn)
- Public Policy Exchange: [„A European Strategy for Gender Equality: Tackling Discrimination in the Workplace and Beyond“](#) (9. Oktober 2013, Brüssel)

- European Network for Intergenerational Learning (ENIL): „[Intergenerational Learning Cities](#) (16.-18. Oktober, Cuncu (Spanien))
- Alliance for Childhood u.a., Konferenz „[Unfolding – Creating a culture that allows each and every child to unfold their unique potential and to engage in society](#)“ (23.-26. Oktober 2013, Brüssel)
- 8. UNESCO-Youth Forum, (29.-31. Oktober, Paris)
- Eurochild Jahreskonferenz 2013 "[Building an inclusive Europe – the contribution of children's participation](#)" (13.-15. November 2013, Mailand)
- European Public Health Conference: „[Health in Europe – Are we there yet? Learning from the past, building the future](#)“ (13.-16. November, Brüssel)
- EU-Kommission, EWSA: „[Social Entrepreneurship and Social Economy](#)“ (16. Januar 2014, Straßburg)
- Ausschuss der Regionen: „[More and better jobs in home care services](#)“ (22 July 2013, Brüssel)
- London School of Economics and Political Science (LSE): „[Family policy in the UK and Europe – does it respond to fertility and ageing?](#)“ (09-11 September 2013, Swansea, UK)
- Public Policy Exchange: „[Eliminating Domestic Violence in Europe: Implementing Strategies for Protection and Prevention](#)“ (17. September 2013)

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).
